

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 888 846 ppbn d

Inhalt

Renate Schmidt MdB zur Niederlage des Diktators Pinochet: Ein Erfolg der demokratischen Kräfte in Chile.
Seite 1

Dr. Gerhard Schmid MdEP zu Widersprüchen zwischen Bayern und der EG in der AIDS-Politik: Brüssel gibt der Vorbeugung absoluten Vorrang.
Seite 2

Günther Heyenn MdB zur Wirkung der neunten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes: Eine Straffaktion gegen die Arbeitslosen.
Seite 3

Dr. Liesel Hartenstein MdB zur Entscheidung, das Schwarzwaldwasser für die Trinkwasserversorgung zu erhalten: Eine gute Entscheidung pro Umwelt.
Seite 4

Dokumentation:

Der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Dr. Erhard Eppler, sprach kürzlich auf einem Theorieforum der SPD in Saarbrücken über die Zukunft des Fortschritts. Wir veröffentlichen sein Referat im Wortlaut (Teil II).
Seite 5

43. Jahrgang / 192

6. Oktober 1988

Ein Sieg der demokratischen Kräfte in Chile

Zur Niederlage des Diktators Pinochet

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Der chilenische Militärdiktator, Augusto Pinochet, hat den „Volksentscheid“ vom 5. Oktober 1988 verloren. Die Militärregierung hat bereits die Niederlage eingestanden. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen hat von den 7,5 Millionen chilenischen Wahlberechtigten eine große Mehrheit mit Nein gestimmt.

Bereits von einem Sieg der Demokratie zu sprechen, wäre zu früh. Die in Chile herrschende Militärdiktatur kann die Regeln und Fristen, die sie selbst gesetzt hat, umstoßen und somit die Rückkehr zur Demokratie verhindern. Es wird eines unnachgiebigen internationalen Druckes bedürfen, um die chilenischen Militärmachthaber zur Einhaltung der eigenen Spielregeln, wie sie in der Verfassung von 1980 niedergelegt worden sind, zu zwingen.

Das Votum vom 5. Oktober 1988 ist jedoch ein Sieg der demokratischen Kräfte in Chile. Trotz Repression, Ausnahme- und Belagerungszuständen, Folter und Mord an ihren Repräsentanten, ist es den demokratischen Kräften gelungen, in einer gemeinsamen Anstrengung der Militärdiktatur eine schwere Niederlage beizubringen. Sie können daraus die Zuversicht schöpfen, daß es ihnen gelingen wird, die widerwärtige Militärdiktatur in absehbarer Zeit ganz zu zertrümmern. Die Solidarität der demokratischen Kräfte in der ganzen Welt ist ihnen in diesem Kampf gewiß.

In den kommenden Tagen und Wochen ist das Schicksal der 15 vom Tode bedrohten Gefangenen besonders kritisch, ihr Leben außerordentlich gefährdet. Die Bundesregierung muß deshalb endlich konkret den Schutz gewähren, den sie bisher nur in Worten verspricht, und diesen 15 Chilenen Asyl gewähren. Die Stunde muß genutzt werden, um die Befreiung dieser 15 politischen Gefangenen durchzusetzen. (-/6.10.1988/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mü. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbinden Sie Ihren
müllerehaltigen Abfall
Recycling-Papier



Bayerische AIDS-Politik im Widerspruch zum EG-Ministerrat

Brüssel räumt der Aufklärung und Gesundheitserziehung absoluten Vorrang ein

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Bayerns Anti-AIDS-Maßnahmen stehen teilweise im Widerspruch zur AIDS-Politik des EG-Ministerrats. Dies teilte die EG-Kommission auf eine parlamentarische Anfrage in Brüssel mit. Damit stellt sich die Frage, ob die bayerische AIDS-Politik überhaupt mit wichtigen Grundsätzen der EG-Politik vereinbar ist.

In einer Mitteilung über die Bekämpfung von AIDS hat die EG-Kommission vorgeschlagen, daß die Probleme im Zusammenhang mit der Wanderungspolitik, Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit, Gleichbehandlung beim Zugang zur Beschäftigung und AIDS-Verhütung mit den dafür zuständigen Stellen der Mitgliedsstaaten eingehend untersucht werden sollten. Ende Mai 1988 hat der EG-Ministerrat, in dem die Bundesrepublik durch Ministerin Süßmuth vertreten war, eine Schlußfolgerung zur weiteren AIDS-Politik verabschiedet. Darin wird insbesondere festgestellt, daß alle Mitgliedsstaaten die in den Verträgen festgelegten Grundsätze zur Freizügigkeit und der Gleichbehandlung in vollem Umfang wahren.

Gerade die Freizügigkeit der abhängig Beschäftigten und der Selbständigen ist ein wesentlicher Bestandteil des Zieles Binnenmarkt 1992. Hier kann sich Bayern kaum Extrawürste leisten. Zumal die EG-Kommission nach eigenen Angaben von ähnlichen Initiativen, wie sie das Land Bayern ergriffen hat, bisher keine Kenntnis hat. Deshalb muß sich auch der Freistaat den Schlußfolgerungen des Ministerrats anschließen, um ein einheitliches europaweites Vorgehen zu ermöglichen.

Besondere Bedeutung mißt der EG-Ministerrat folgenden Grundsätzen bei: Der Vorbeugung im Wege von Aufklärung und Gesundheitserziehung; bei der AIDS-Bekämpfung ist absoluter Vorrang einzuräumen. Jede Politik systematischer und obligatorischer Kontrolle ist unter dem Aspekt der Vorbeugung unwirksam. Jegliche Diskriminierung und jedes Anprangern von AIDS-betroffener Personen - insbesondere im Berufsleben - ist zu vermeiden. Bis nach München scheint sich die Schlußfolgerung anscheinend noch nicht herumgesprochen zu haben. (-/6.10.1988/vo-he/rs)

* * *

Eine Strafaktion gegen die Arbeitslosen

Zur Wirkung der 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes

Von Günther Heyenn MdB.

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes, die zur Zeit parlamentarisch beraten wird, ist eine gezielte Strafaktion gegen die Arbeitslosen:

- den jungen Arbeitslosen wird das Arbeitslosengeld gekürzt,
- den Auszubildenden mit sehr geringer Ausbildungsvergütung wird massenweise die ergänzende Berufsausbildungsbeihilfe entzogen,
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden flächendeckend abgebaut,
- die Kranken werden durch Kürzungen der Lohnersatzleistungen zur Kasse gebeten,
- Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung werden abgebaut.

Mit diesen unsozialen Maßnahmen will die Bundesregierung Finanzlücken bei der Bundesanstalt für Arbeit abbauen, die sie selber durch den Verschiebepbahnhof der 8. Novelle AFG produziert hat. Die Bundesaufgaben der Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher, die Förderungsmöglichkeiten nach dem Ausbildungsbeihilfengesetz und die Sprachförderung von Aussiedlern, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlingsen wurden damals auf dem Rücken der Beitragszahler zur BA abgeladen.

Insgesamt ist das eine Summe von 1,5 Milliarden DM jährlich. Bei der 8. Novelle hat die Bundesregierung allerdings behauptet, es sei weniger als eine Milliarde DM. Die falsche Rechnung hat nicht einmal ein Jahr gehalten.

Was die Bundesregierung jetzt durchpeitschen will, reicht vorne und hinten nicht. Weitere 500 Millionen DM soll die Bundesanstalt für Arbeit durch Haushaltsvollzug einsparen - keiner weiß wie. Eine Milliarde fehlt zusätzlich nach den von der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegten Zahlen. Die Antwort der Bundesregierung ist an Schlichtheit nicht zu überbieten. Sie sagt einfach, das darf nicht sein.

Mit dem Gebot der Haushaltswahrheit und -klarheit wird Schindluder getrieben! Es ist zudem kein Geheimnis, daß die Bundesregierung die Absicht hat, mit weiteren verschärften Gesetzen gegen die Arbeitslosen vorzugehen - frei nach dem Motto: Wer arbeitslos ist, ist selber schuld und muß bestraft werden.

Tagtäglich wird von dieser Bundesregierung der Beweis erbracht: Die Aktionslage der Gewerkschaften kommen zur rechten Zeit.
(-/6.10.1988/vo-he/rs)

Eine gute Entscheidung pro Umwelt

Das Schwarzwaldwasser bleibt für die Trinkwasserversorgung erhalten

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Mit großer Erleichterung habe ich die Entscheidung aufgenommen, das Wasserüberleitungsprojekt Kleine Kinzig abzulehnen. Es wäre unverantwortlich gewesen, die Trinkwasserversorgung so vieler Städte und Gemeinden, die vom Speicher Kleine Kinzig abhängen, aufs Spiel zu setzen und kostbares Schwarzwaldwasser zu Kühlzwecken für das Kernkraftwerk Neckarwestheim II zu vergeuden.

Insbesondere in trockenen, heißen und somit wasserarmen Sommern hätten sich verheerende Folgen für die kommunalen Trinkwasserbezieher und ebenso für den ohnehin geschädigten Wald ergeben. Man kann den kranken Neckar nicht sanieren, indem man im Schwarzwald selbst kleine Bäche in sogenannte Beileitungstollen zwingt, um mehrere Millionen Kubikmeter Wasser regelrecht absaugen zu können.

Den Gemeinderäten und Bürgermeistern gebührt Respekt für das hohe Maß an Verantwortung und ökologischem Bewußtsein, das in dem Nein zum Überleitungsprojekt zum Ausdruck kommt. Sie haben im Interesse ihrer Bevölkerung und im Interesse der Naturerhaltung gehandelt und sich nicht vom Geldangebot der EVS aufs falsche Gleis ziehen lassen.

Besonderen Dank hat auch die Bürgerinitiative Kleine Kinzig unter Führung von Friedrich Kappler verdient sowie die vielen Bürger, die sich aktiv in dieser Sache engagiert haben. Nicht das Erringen kurzfristiger Vorteile, sondern die langfristige Zukunftssicherung muß unser gemeinsames Anliegen sein. In diesem Sinne ist die Entscheidung der Versammlung eine gute und richtige Entscheidung.

(-/6.10.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Erhard Eppler: Die Zukunft des Fortschritts

(Teil II)

Der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Dr. Erhard Eppler, sprach kürzlich auf einem Theorieforum der SPD in Saarbrücken über die Zukunft des Fortschritts. Wir veröffentlichen sein Referat im Wortlaut.

IV.

Lassen Sie mich das, worum es mir geht, an einem Beispiel verdeutlichen, das den Vorzug hat, teilweise schon Geschichte zu sein, an der Energiediskussion der letzten 20 Jahre.

Als ich 1961 zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurde, gab es eine Energiapolitik im heutigen Sinne nicht. Was sich manchmal so nannte, war das Bemühen der Politiker aller Parteien, die Energiemengen für die Zukunft bereitzustellen, die von irgendwelchen Experten prognostiziert worden waren. Weder gab es irgendeine Diskussion über diese Prognosen, die sich später als grotesk falsch erwiesen, noch wagten sich Politiker an die Frage, mit welcher Technik der Energiebedarf zu decken sei. Das war Sache der Experten, die, wie Professor Häfele, Szenarien für Energiebedarf, Atomenergie und Schnelle Brüter weit bis ins nächste Jahrhundert entwarfen, auf die sich Wirtschaft und Politik beriefen, die aber heute nur noch ungläubiges Gelächter hervorrufen. Politik hatte zur Kenntnis zu nehmen, was „die wissenschaftlich-technische Entwicklung“ brachte und brauchte, sie hatte allenfalls diese Entwicklung zu beschleunigen, weshalb der Staat viele Milliarden in die Entwicklung der Atomenergie steckte. Politik hatte die rechtlichen Regelungen zu liefern, die durch eine neue Technik nötig wurden, vor allem aber die Infrastruktur bereitzustellen, ohne die eine neue Technik sich nicht vermarkten ließ.

Und sie hatte - die Sprache verrät, was Geistes Kinder sprechen - die „Akzeptanz“ herzustellen, also den Menschen klarzumachen, daß die neue Technik nötig, unerlässlich, unvermeidlich, unschädlich und also gut und richtig sei. Von Wahl zwischen Alternativen - und das ist Demokratie - war da nie die Rede, sondern davon, zu schlucken, was Klügere, also Experten den Bürgern vorsetzten. Dabei verließ sich die Politik auf Expertisen, die meist von Interessenten produziert wurden. Erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre traten Energieexperten auf, die nicht an die interessierten Industrien oder Energieversorgungsunternehmen gebunden waren.

So kam es, daß - was junge Leute uns heute nicht mehr glauben wollen -, der Bundestag erst 1976, also zwei Jahrzehnte nach Beginn des Atomzeitalters in der Bundesrepublik, die einschlägigen Artikel über die Entsorgung in das Atomgesetz eingefügt hat. So kam es, daß es bis heute keine funktionierende Entsorgung gibt, obwohl in manchen Bundesländern schon mehr als die Hälfte des Stroms aus Atomkraftwerken stammt.

Daß es Sache der Politik sein könnte, für oder gegen die Atomkraft zu entscheiden, lag in den sechziger Jahren außerhalb unserer Vorstellungswelt. Der einzige Abgeordnete des Bundestages, der da anders dachte, der Atomphysiker Karl Bechert (SPD), wurde von den eigenen Fraktionskollegen als versponnener Gelehrter abgetan und lächerlich gemacht.

Daß es Aufgabe der Politik sein könnte, über Energietechniken zu entscheiden, kam auch mir erst zu Beginn der siebziger Jahre zum Bewußtsein. Und als ich etwa 1975 verlangte, wir sollten sparsamer mit Energie umgehen, zog mein politischer Gegenspieler durch unser Ländle und mokierte sich darüber, daß da ein verrückter Puritaner Energie sparen wolle. Und ein sozialdemokratischer Bundesminister empfahl mir noch 1978, ich solle doch lieber von rationellem Umgang mit Energie reden. Kurz: Daß der Umgang mit Energie, die Technik der Energieversorgung ein Politikum sei, ist erst im Laufe der siebziger Jahre klargeworden. Heute bestreitet dies niemand mehr. Und junge Menschen glauben uns gar nicht, daß dies einmal anders war. Nur die Sache selbst ist noch im Streit, nicht mehr die Notwendigkeit einer politischen Entscheidung. Es gibt Parteien, die auf Atomenergie setzen und andere, die davon loskommen wollen und wieder andere, die nicht mehr so genau wissen, ob sie auf Atomenergie setzen sollen. Aber es gibt keine Partei, die auf ihre Fahnen schreibe, was vor 20 Jahren noch selbstverständlich war: daß dies gar keine politische Entscheidung erfordere, daß die Frage nach der Energietechnik einzig eine Sache der Wissenschaft, der Technik und vor allem der Unternehmer sei, die eine Technik ökonomisch und also gewinnbringend zu verwerten haben.

Ich prophezeie selten. Aber ich wage heute die Prophezeiung: So wie es vor 20 Jahren einen - mehr oder minder unbewußten - energiepolitischen Konsens gab, so wird es, ehe dieses Jahrhundert zuende ist, einen bewußten Konsens geben: den, uns behutsam auf andere Energiequellen als die Atomenergie umzustellen.

V.

Wozu dieser Ausflug in die Geschichte? Weil die Energiepolitik paradigmatisch zeigt, was sich verändert hat. Es gibt technisch-ökonomische Weichenstellungen, die politisch entschieden werden müssen, weil die ganze Gesellschaft davon betroffen ist und weil eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich davon betroffen fühlt. Wenn wirtschaftliche Not hierarchisch, Risiken aber demokratisch sind, also alle Schichten in gleicher Weise bedrohen, dann muß entweder über Techniken, die solche Risiken enthalten, politisch entschieden werden, oder aber muß Politik zu einem Schaugeschäft verkommen, bei dem niemand merken soll und doch alle merken, daß nur Sachzwänge vollzogen werden, die außerhalb der Politik produziert wurden.

In der Energiepolitik ist die Aufgabenstellung für die Politik schon selbstverständlich, in der Gentechnik kaum mehr umstritten. Daß Politik die Verwendung von Giften in der Landwirtschaft eindämmen und biologischen Landbau fördern sollte, wird bald die Forderung einer Mehrheit sein. Der Begriff Chemiepolitik setzt sich durch. Die Maßstäbe, nach denen Wähler entscheiden, ändern sich. Sicher ist heute noch für eine Mehrheit wahlentscheidend, ob der Wohlstand gemehrt oder gemindert wurde, aber für eine wachsende Minderheit ist noch wichtiger, ob Risiken und Gefahren angegangen oder verdrängt wurden. Wer keine überzeugenden Taten gegen das Waldsterben, gegen die Bodenerosion oder die Verseuchung von Wasser und Luft, gegen die Mülllawine oder die Plutoniumwirtschaft vorweisen kann, wird in den neunziger Jahren nicht lange regieren.

Wer hier einwendet, dies laufe auf Systemveränderung hinaus, hat gute Argumente für sich. Nur: auch der Verzicht auf politische Weichenstellungen verändert unser System. Politik muß mehr entscheiden, als die Väter unserer Verfassung vorhersehen konnten, damit sie nicht sehr viel weniger, im Endeffekt gar nichts mehr zu entscheiden hat. Es kommt bei unserem Thema also nicht nur darauf an, wie wir Fortschritt definieren, sondern auch und vor allem was wir unter Politik verstehen.

Auch das Stichwort vom Kulturpessimismus geht daneben. Eben weil wir den Begriff des Fortschritts, wie ihn die Aufklärung meinte, nicht wegwerfen wollen, müssen wir zwischen technischen Alternativen wählen, und zwar nach dem Kriterium, ob die Technik menschengerecht ist, also menschlicher Entfaltung dient. Ich glaube nicht, daß der Versuch gelingen kann, hier das Rad zurückzudrehen. Die politische Wende in Bonn hat es nicht gekommt, vielleicht nicht einmal gewollt. Und die nächste Wende wird deutlich machen, an welchen Entscheidungen wir nicht vorbeikommen.

Worüber wir allerdings gründlich diskutieren müssen, sind die Prozeduren, in denen solche Entscheidungen gefunden, die Instrumente, mit denen sie durchgesetzt werden sollen.

Auf keinen Fall können grundlegende Weichenstellungen Sache der Bürokratie sein. Natürlich muß das Umweltbundesamt feststellen, welche chemische Substanz welche Umweltschäden anrichtet und deshalb verboten werden muß. Aber so wie eine neue Energiepolitik Ergebnis einer langwierigen und intensiven Diskussion in der Öffentlichkeit ist und noch mehr sein wird, so wird dies auch bei einer neuen Agrarpolitik oder Chemiepolitik sein.

Es geht um Politik, nicht um Verwaltung. Und um Staat geht es insofern, als die Menschen, die diese Diskussion führen, den Staat bilden. Sie werden die Politiker zur Politik zwingen. Sie werden Leute mit einem verkümmerten Politikverständnis schließlich nicht mehr an die Spitze wählen. Schon bisher führt der Bewußtseinswandel in der Gesellschaft zu neuen wirtschaftlichen Entscheidungen, ohne daß irgendeine staatliche Instanz tätig geworden ist. Unternehmer müssen neuem Bewußtsein Rechnung tragen. Sie tun es oft schon. Aber schließlich wird der Gesetzgeber und die Administration dem Willen der Mehrheit Rechnung tragen müssen.

(-/6.10.1988/vo-ha/rs)

(Den dritten und letzten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

* * *